

# *Standortgemeinden fordern mehr Geld*

Sehr geehrte Regierung,  
Landtag und Gemeinden

Im «Vaterland» vom 26. September wurde berichtet, dass die Standortgemeinden einen höheren Anteil an der Geldspielabgabe fordern, da sie die Lasten der Casinos tragen würden. Diese Sichtweise ist nicht nachvollziehbar und falsch.

Denn die grössten Belastungen treffen nicht die Gemeinden als Verwaltung, sondern die direkten Anwohner der Casinos. Sie sind es, die Tag für Tag mit den Folgen leben müssen: Nächtlicher Lärm, Verkehrschaos, Abfallberge und ein dauerhaft verändertes Wohnumfeld. Während die Gemeinden Infrastruktur ausbauen, sind es die Menschen vor Ort, die den Ärger und die Einschränkungen unmittelbar ertragen.

Darum reicht es nicht, die Geldspielabgabe nur zwischen Staat und Gemeinden aufzuteilen. Ein gerechter Teil muss direkt den Anwohnern zukommen – und zwar in Form von klaren Entschädigungszahlungen.

Wer die Last trägt, soll auch finanziell entlastet werden. Alles andere wäre eine einseitige Begünstigung der Gemeinden und eine Missachtung jener Bürger, die die Casinos täglich vor Augen haben.

**Manfred Kaiser,**  
Vorarlbergerstrasse 200, Schaanwald